

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt  
Tageblatt Rieser  
Herausg. Nr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt  
Dresden 1550.  
Direktor:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 195.

Sonnabend, 22. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vervielfachung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Besprechungen über Hilfsmaßnahmen für die Gemeinden. Große kommunistische Waffenlager in Berlin ausgehoben.

### Die Landwirtschaft zum Wirtschaftsplan.

W. Von maßgebender landwirtschaftlicher Seite wird der Landwirtschaftlichen Wochenschau geschrieben: Nach Ausbruch der Finanzkrise hatte sich die Landwirtschaft alsbald vorbehaltlos für die Selbsthilfe und für eine gesunde Sanierungspolitik zur Verfügung gestellt. Obwohl damals schon für die Erntefinanzierung die Zeit drängte, hatte sie es doch in Kauf genommen, daß die Maßnahmen für die Erntebewegung zunächst hinter die Regelungen für die Finanzkrise zurückgestellt wurden. Sie hatte dann allerdings gemeinsam mit dem Reichsernährungsminister auf die beschleunigte Nachholung der Erntefinanzierung drängen müssen, nachdem schon die Getreidepreise so verhängnisvoll zurückgegangen waren, daß eine restlose Verschleudering der Ernte drohte. Diese Maßnahmen sind jetzt einigermassen zum Abschluß gekommen, wenn auch noch die Ausführungsbestimmungen für die Lagerfristordnung ausstehen.

Der Erntefinanzierung, zunächst für Getreide, kam darum besondere Bedeutung zu, weil sonst der Landwirtschaft die Grundlage für die weitere Produktion entzogen worden wäre. Aber gerade im Sinne der vom Reichskanzler geforderten Selbsthilfe mußte dafür gesorgt werden, daß die in der Landwirtschaft als dem größten in sich geschlossenen deutschen Wirtschaftszweig noch vorhandenen Kraftreserven nicht aufs Spiel gesetzt wurden. Mit der Erntefinanzierung ist eine wichtige Voraussetzung für den Wirtschaftsplan, zur Ueberwindung der Krise geschaffen worden, der von der Reichsregierung schon vor geraumer Zeit angekündigt worden ist. Bedauerlicherweise ist es inzwischen von diesem Wirtschaftsplan still geworden. Auch der wirtschaftspolitische negative Ausgang der Beratungen der Finanzsachverständigen in Basel hat die Reichsregierung bisher nicht veranlaßt, mit einem Wirtschaftsplan hervorzutreten. Gerade nach dem Ausbruch der Baseler Verhandlungen liegen doch die Verhältnisse so, daß man alle Kräfte der Selbsthilfe bis zur letzten Reserve anspannen muß, um die drohende Finanz- und Wirtschaftskatastrophe zu verhüten. Die in Angriff genommenen planwirtschaftlichen Einzelregelungen für das Bankwesen und die Kommunalfinanzien, die auch noch in der nächsten Woche die ganze Arbeit des Wirtschaftsplanmäßigen der Reichsregierung in Anspruch nehmen sollen, kann man nicht als Ersatz für den Wirtschaftsplan auffassen, zumal schon von der unwirksamen Mitwirkung des sozialistischen Wirtschaftsexperten Dr. Hilsing mit erneuten sozialistischen Experimenten gerechnet werden muß.

Wenn in diesen Tagen die Führer der Landwirtschaft gemeinsam mit dem Reichsernährungsminister über die Fortführung der Agrarpolitik verhandeln, so sollte man annehmen, daß nunmehr von landwirtschaftlicher Seite der Kampf zur Zuangriffnahme eines in sich geschlossenen Wirtschaftsplans gegeben wird. Dabei dürfte es sich nicht nur um die Fortführung der Erntebewegung des Getreides, um die Ausdehnung der Aktion auf die anderen Agrarerzeugnisse und um kurzfristige Maßnahmen handeln, sondern — wie etwa bei dem Schluß der Verhandlungswirtschaft — um die Freimachung der letzten überhaupt noch in der deutschen Wirtschaft vorhandenen Kraftreserve, um die Konsolidierung der Landwirtschaft, die als einzige eine sichere Grundlage für die Sanierung aus eigener Kraft abgeben kann.

### Besprechungen in der Grünen Front.

Berlin. (Funkspruch.) Im Hinblick auf die Ausprägung der Lage der Landwirtschaft und die wachsende Erregung in landwirtschaftlichen Kreisen haben die Führer der Grünen Front in eingehenden mehrstägigen Verhandlungen die zur Abwendung des größten Unfalls erforderlichen Maßnahmen durchberaten und das Ergebnis ihrer Verhandlungen dem Herrn Reichskanzler für Ernährung und Landwirtschaft in einer eingehenden Darlegung mit konkreten Forderungen überreicht. Gleichzeitig haben die Führer der Grünen Front den Herrn Reichskanzler gebeten, zu einem möglichst nahen Zeitpunkt eine größere Abordnung von Landwirten aus allen Teilen Deutschlands zu einer ausführlichen Aussprache zu empfangen.

### Beratung über die Bankfrage.

Berlin. (Funkspruch.) Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers berieten heute vormittag der Wirtschaftsminister des Reichskabinetts der Reichsbankpräsident und Vertreter Preußens zusammen mit dem Sachverständigen die gesamten Fragen des deutschen Bankwesens. Die Erörterungen hierüber werden Ende nächster Woche fortgesetzt.

### Ein Tag der Besprechungen in Berlin.

Das Wirtschaftsprogramm erst nach Genf zu erwarten.

Berlin, 22. August.

Am Freitag haben sich die Besprechungen beim Reichskanzler gehäuft. Er hat nicht nur mit den Vertretern der drei großen Mittelstandsgruppen die Sorgen besprochen, die diese Wirtschaftsgruppen besonders drücken, sondern er empfing abends auch noch den deutschen Vertreter bei den Baseler Bankierverhandlungen, Meisler, der ihm seine persönlichen Baseler Eindrücke schilderte. Anschließend daran nahm der Kanzler den Antrittsbesuch des neuen Vorsitzenden der Landvolkpartei, von Hauenschild, entgegen. Den Abschluß bildete der Besuch des Präsidenten Thomas vom Internationalen Arbeitsamt in Genf. Dabei handelte es sich aber wohl mehr um einen Höflichkeitsakt.

Inzwischen dürfte dem Kanzler nun das Material vorliegen, das zur Entscheidung der Bankfragen das Kabinett heute beschäftigen wird. Auf Grund dieser Unterlagen wird der Kanzler den Sachverständigen heute bestimmte Fragen vorlegen. In unterrichteten Kreisen glaubt man, daß dann bereits heute praktisch die Entscheidungen getroffen werden. Allerdings rechnet man mit dem Erscheinen der entsprechenden Notverordnung nicht vor Mitte nächster Woche. Inzwischen fährt der Kanzler am Montag zu der Fraktionsführung des Zentrums nach Stuttgart. Außerdem muß die Unterschrift des Reichspräsidenten erst von Dietrichs eingeholt werden. Diese beiden Umstände erklären die Verzögerung bis Mitte nächster Woche von selbst.

Nach der Rückkehr Dr. Brüning's aus Stuttgart wird das Kabinett sich weiter mit den Gemeindefinanzfragen beschäftigen, da die Regelung dieser Frage angesichts der weiter ständig zunehmenden Finanznot der Kommunen allmählich drängt. Das dürfte auch in der Besprechung zum Ausdruck gekommen sein, die die Finanzminister der größeren Länder beim preussischen Finanzminister abgehalten haben. Zu irgendwelchen Beschlüssen ist es hier noch Angabe von unterrichteter Seite nicht gekommen, es ist aber wohl anzunehmen, daß Dr. Höpfer-Schiff bei der Weiterberatung des kommunalen Finanzproblems im Reichskabinett die Aussprache der Länderminister nutzbar machen wird.

Das Reichskabinett wird außerdem in der zweiten Hälfte der Woche noch die Genfer Verhandlungen vorbereiten müssen, da die deutsche Delegation bereits am Sonnabend abreist. Bei dieser Fülle des Arbeitsplanes der nächsten Woche ist natürlich nicht daran zu denken, daß das Wirtschaftsprogramm, das den zu erwartenden großen Schwierigkeiten dieses Winters begegnen soll, noch vor der Genfer Tagung herauskommt. In unterrichteten Kreisen rechnet man vielmehr erst auf die erste Septemberhälfte.

### Konferenz der Länderminister in Berlin.

Berlin, 21. August. Der sächsische Ministerpräsident Schick traf in Begleitung höherer sächsischer Ministerialbeamten am Freitag in Berlin ein. Am Nachmittag fand dann im preussischen Finanzministerium die bereits angekündigte Besprechung der Finanzminister der größeren deutschen Länder statt. Anlaßlich der letzten Sitzungen der vereinigten Reichstagsausschüsse war aus dem Kreise der Länder der Vorschlag gemacht worden, periodisch solche Ministerzusammenkünfte in Berlin zu veranstalten, damit angesichts der Notstände auch die Länderfinanzen dauernd auf dem Laufenden gehalten werden können.

### Die Frage der Steueramnestie.

Berlin. (Funkspruch.) Wie wir hören, wird das Kabinett in der Frage der Steueramnestie eine Verordnung verabschieden, die unter dem Titel "Verordnung über die steuerliche Erlassung bisher nicht verkenneter Werte und über Steueramnestie" noch heute veröffentlicht werden soll. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß in dieser Verordnung eine Verlängerung der Termine für die Abgabe der Vermögenssteuererklärung und für die Steueramnestie wahrscheinlich bis Mitte September vorgesehen sein wird.

An den Besprechungen nahm auch der Reichsfinanzminister Dietrich teil. Gegenstand dieser Konferenz war neben anderen Problemen erneut das Problem der Länder- und Gemeindefinanzien. Ferner wurde die durch das Baseler Stillhalteabkommen akut gewordene Frage hinsichtlich der kurzfristigen Länder- und Gemeindeauslandsschuldung aufgeworfen. Die bereits gemeldete, fallen diese Verbindlichkeiten nicht unter das Stillhalteabkommen und man muß nun Mittel und Wege finden, um diese Verbindlichkeiten zu prolongieren.

Nach Schluß der Besprechung einigte man sich, im Laufe der nächsten Woche erneut zu einer Länderministerkonferenz in Berlin zusammenzutreffen. Am Sonnabend nachmittag findet ein Kabinettsrat statt, in dem das Problem der Gemeindefinanzien beraten werden soll. Am Vormittag wird der Bankenausschuß tagen, dem dann der Status der Danabank und der Dresdner Bank vorliegen wird.

### Die Stellungnahme der kleinen Gemeinden.

Berlin. Der Reichstädtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Landgemeindegewerbeverband und der Verband der preussischen Provinzen veröffentlichten folgende gemeinsame Erklärung:

Die Vertreter der ländlichen Gemeinden und Gemeindeverbände und der mittleren und kleinen Städte, der Deutsche Landkreistag, der Reichstädtetag, der Deutsche Landgemeindegewerbeverband und der Verband der preussischen Provinzen setzen sich genötigt, an die Regierungen des Reichs und der Länder, die Parlamente und die gesamte Öffentlichkeit die dringende Bitte zu richten, in ihrer Stellungnahme und ihrer Kritik der kommunalen Betätigung nicht immer die Verhältnisse großer Städte zum Ausgangspunkt zu nehmen. Es wird gerade von der nichtgroßstädtischen Selbstverwaltung keineswegs bestritten, daß in unserer jetzigen Finanz- und Wirtschaftslage allergrößte Sparmaßnahme ein Gebot zwingender Notwendigkeit ist. Die genannten kommunalen Spitzenverbände müssen sich aber entschieden dagegen wehren, daß die Regierung Maßnahmen, die nur der Abstellung von Mängeln in einzelnen großen Stadtgemeinden dienen können, immer wieder verallgemeinert und auf alle Gemeinden und Gemeindeverbände ausdehnt. Tatsächlich ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, festzustellen, daß unbekreißbare und mit erheblichen Ausgaben verbundene Uebertreibungen in vielen Arten der kommunalen Betätigung von der überproportionalen Zahl der kleineren Gemeinden und Gemeindeverbände — und hierzu gehört noch immer die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung — von jeher bewußt abgelehnt worden sind. Gleiche Sparmaßlichkeiten, wie in großen Städten, sind in diesen Gemeindegruppen nicht vorhanden.

Daher verlangen die kleineren Gemeinden und die Gemeindeverbände eine besondere Berücksichtigung bei den zur Befriedigung der kommunalen Finanznot dringend notwendig gewordenen Maßnahmen des Reichs und der Länder. Wenn jetzt von einem Verfall der Selbstverwaltung in der öffentlichen Meinung gesprochen wird, so sollte sich diese Kritik nicht auf die kleineren Gemeinden und die Gemeindeverbände erstrecken. Es wäre unkenntlich, Maßnahmen, die zur Abstellung von Mängeln in einzelnen großen Stadtgemeinden dienen sollen, auf alle Selbstverwaltungsformen auszuweiten und diese unverschuldet in ihrer Betätigung zu lähmen. Großstädte und die „deutschen Gemeinden“ und Gemeindeverbände sind nicht ein und dasselbe!

### Wieder 15 Kommunisten in Berlin festgenommen.

Berlin. (Funkspr.) Auf Grund der Ermittlungen der Abteilung 1a des Volkspolizeidirektors wurden im Laufe des heutigen Vormittages weitere 15 Kommunisten erwischt, die im Verdacht stehen, an den politischen Mordtaten der letzten Zeit beteiligt gewesen zu sein. Die noch andauernden Vernehmungen sollen Klärung bringen, ob die Vermutungen der Polizei und die Angaben des Publikums zu Recht bestehen.